

Grossrat **Oskar Herzig-Jonasch**, Vorstand SVP BS u. Statthalter des Bürgergemeinderates
„Unsere Rezepte für ein attraktives Basel“

- es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren

Basel-Stadt ist im Fussball eine Hochburg. Basel-Stadt ist in der Kultur Spitzenreiter. Auch dank der Pharmaindustrie sind wir, was unsere Exportfähigkeit anbelangt, die Nummer eins. Leider sind wir auch top im Bereich der Steuerbelastung. Sowohl für Private wie auch für Unternehmungen. Auch bei den Krankenkassenprämien sind wir Spitzenreiter. Die letzten beiden Punkte führen dazu, dass wir als unattraktiver Kanton gelten. In Steuer-Rankings belegen wir regelmässig die hintersten Plätze, bei den Krankenkassenprämien haben wir sogar Genf überholt – ein zweifelhafter Ruf also...

Die SVP fordert, dass die Bevölkerung endlich wirksam entlastet wird. Familien, Rentner und Alleinstehende müssen wieder genug Geld zum Leben haben und sich – auch das wird immer mehr zu einem Problem – Basel leisten können. Aufgrund der Personenfreizügigkeit und dem Anspruch der Industrie auf hochqualifizierte Arbeitskräfte verteuern sich die Mieten. Bezahlbare Wohnungen sind aber wichtig – nur so können Familien in Basel-Stadt wohnhaft bleiben, nur so sind wir auch für Neuzuzüger aus anderen Kantonen interessant. Deshalb braucht es auch Wohnraum im mittleren Preissegment. Hierauf sollte der Kanton ein Augenmerk richten.

Der Mittelstand soll entlastet werden. Neueste Erhebungen, zuletzt durch ein Benchmarking des Präsidentsdepartements, belegen, dass Basel-Stadt ein teures Pflaster ist. Deshalb fordert die SVP, dass die Sozialabzüge bei der Steuererklärung erhöht werden. Dies ist für den Kanton problemlos verkraftbar. Immerhin hat Frau Herzog schon im Vorfeld der bedauerlicherweise verlorenen Abstimmung zur Unternehmensgewinnsteuersenkung garantiert, dass Mindereinnahmen bei den Steuern von ca. 50 Millionen Franken kein Problem darstellen.

Zudem soll sich Basel-Stadt endlich für tiefere Krankenkassenprämien einsetzen. Das Ziel kann nicht sein, dass die Prämien Jahr für Jahr steigen und wir in Basel-Stadt die Prämienverbilligungsbeiträge erhöhen. Das ist ungerecht und zudem auch nicht zukunftsorientiert. Die SVP fordert vom Regierungsrat daher, dass er sich in Bern dafür einsetzt, dass der Grundversicherungskatalog zusammengestrichen wird. Unnötige Luxusbehandlungen und teure Therapien nach dem Motto „Hilfts nichts, schadet nichts“ gehören aus dem Grundversicherungskatalog gestrichen.

Noch immer wiehert der Amtsschimmel in Basel. Aktuelle Beispiele die dies unterstreichen, sind bspw. das Solar-Dach bei der Lonza, das Fahnen-Theater bei MSC oder die Hinterhof-Öffnungszeiten. Die SVP fordert, dass innovative Geschäftsideen nicht staatlich unterdrückt werden. Solche Ideen sollen unbürokratisch zugelassen und neue Projekte durch den Staat nicht behindert und verhindert werden. Unnötige Fachkommissionen wie bspw. die Stadtbildkommission gehören aufgehoben und deren Sinn und Zweck ganz allgemein hinterfragt. Noch immer ist es in Basel-Stadt als Unternehmer unmöglich, sich rasch etwas aufzubauen. Anreize für Unternehmer sich in Basel niederzulassen sind Mangelware. Hier fordern wir, dass der Staat die notwendige Entwicklung nicht behindert und dazu beiträgt, dass sich hier neue Unternehmungen niederlassen.

Denn die Wirtschaft ist der Motor unserer Region. Nicht zuletzt aufgrund unserer innovativen Pharmaindustrie und der Life Sciences-Branche geht es unserem Kanton so gut. Die schwarzen Zahlen in unserer Staatsrechnung haben wir nicht „wegen“ Frau Herzog, sondern „trotz“ Frau Herzog. Deshalb ist es wichtig, dass wir zu unseren Unternehmungen Sorge tragen.

Deshalb fordert die SVP weiterhin steuerliche Entlastungen für Unternehmungen aber auch den Abbau bürokratischer Hürden. Als selbständiger Unternehmer kann ich ihnen ein Lied davon singen, wie umfangreich die staatlichen Anforderungen noch immer sind – gerade Startup-Unternehmer und KMU's leiden stark darunter. Sie haben meistens nicht das notwendige Knowhow und die Ressourcen um diesen Aufwand, welcher ihnen vom Staat aufgebürdet wird, zu bewältigen. Unsinnige staatliche Vorschriften gehören deshalb aufgehoben. Sie behindern die Wirtschaft, vernichten Arbeitsplätze und vermindern die Standortattraktivität unseres Kantons.

Dazu gehört auch, dass wir den Forschungs- und Bildungsstandort Basel nicht vernachlässigen. Die SVP setzt sich dafür ein, dass sich der Schulunterricht an den Basler Schulen dem Niveau der Nachbarkantone anpasst. Wir brauchen gut ausgebildete Schüler, welche bereits in der Grundstufe gefordert werden – nur so verlieren sie gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen aus den Nachbarkantonen den Anschluss nicht. Dies ist wichtig, damit wir uns im interkantonalen und internationalen Vergleich als herausragender Forschungs- und Bildungsstandort weiterhin etablieren können. Nur so bleibt die Attraktivität unseres Kantons erhalten.



SVP. LISTE 12 WWW.SVP-BASEL.CH